

Antrag

der Fraktion der AfD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Irreführende Bewerbungsanfragen an Landtagsabgeordnete

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob das Ministerium des Inneren des Landes Baden-Württemberg vom Bundesministerium des Innern und für Heimat über die geplante Überprüfung der Gesinnung der Landtagsabgeordneten in Kenntnis gesetzt wurde, wenn ja zu welchem Zeitpunkt und durch welche Personen bzw. Abteilungen;
2. wenn Ziffer 1 bejaht wird, welche Erkenntnisse die Landesregierung darüber hat, welche Abgeordnete welcher Fraktionen die fingierten Praktikumsanfragen unter den Namen Achim Günther, Julia Günther, Alexander Dahnhoff, Ahmet Güler, Akeem Gumbwa, Hüliya Güler und Alexej Danowitsch erhalten haben;
3. wenn Ziffer 1 bejaht wird, ob ihr bekannt ist, welche Abgeordnete welcher Fraktionen in Baden-Württemberg sonstige fingierte Praktikumsanfragen erhalten haben;
4. wenn Ziffer 1 bejaht wird, ob die Landesregierung die durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat geplante Überprüfung der Gesinnung der Landtagsabgeordneten befördert hat oder dem Vorhaben kritisch gegenüberstand und was sie dagegen unternommen hat;
5. welche Forschungsprojekte welcher Institute unter Leitung welcher Forscher in Baden-Württemberg vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg und welche nach ihrer Kenntnis vom Bundesministerium des Innern und für Heimat finanziell, personell oder in sonstiger Hinsicht gefördert werden;

6. ob Einrichtungen des Landes oder andere landesfinanzierte Einrichtungen nach ihrer Kenntnis für Forschungen oder konkrete Forschungsaufträge im Bereich Gesellschaftswissenschaften Mittel vom Bundesministerium des Innern und für Heimat erhalten und wenn ja, für welche.

5.12.2023

Baron
und Fraktion

Begründung

Im Spätsommer 2023 erhielten zahlreiche Abgeordnete der AfD fingierte Praktikumsanfragen. Es stellte sich heraus, dass es sich bei diesen Praktikumsanfragen um fingierte Anfragen unter Fantasienamen gehandelt hatte. Es stellte sich dann heraus, dass diese Anfragen alle vom Projektleiter der InRa-Studie „Institutionen & Rassismus“ der Universität Bielefeld versendet worden waren. Der Aufbau des Experimentes lässt jedoch viele Fragen offen.

Einerlei welches Forschungsdesign in der Sozialwissenschaft gewählt wird, Beobachtung, Befragung, Experiment oder Sonstiges, ist immer von wenigstens zwei Probandengruppen auszugehen: einer Experimental- und einer Kontrollgruppe. Da offenbar die AfD-Abgeordneten die Experimentalgruppe darstellen sollte, müsste es ergo eine vergleichbare Kontrollgruppe geben, um Repräsentativität, Reliabilität und Validität zu gewährleisten. Dies wären möglicherweise Abgeordnete anderer Landtagsfraktionen und Abgeordnete anderer Parteien, die ebenfalls fingierte Praktikumsanfragen erhalten haben könnten.

Mit der Förderung durch das Bundesinnenministerium wird zudem das erwünschte Ergebnis der Studie bereits deutlich. Damit wird jedoch zuerst das Ergebnis dieser Studie, in Folge dessen jedoch auch jede weitere unabhängige und objektive Forschung auf diesem Gebiet ad absurdum geführt.

Zahlreiche Forscher weiterer Universitäten, die glauben, ein Forschungsprojekt zur Sicherung von Vielfalt, Demokratie und Antidiskriminierung entworfen zu haben, werden sich um finanzielle Förderungen bemühen, zumal das Bundesinnenministerium alles alimentiert, was die Narrative angeblicher Demokratiefeindlichkeit bedient.

Auf diese Weise wird die Forschungsfreiheit der Universitäten in Frage gestellt.

Stellungnahme^{*)}

Mit Schreiben vom 31. Januar 2024 Nr. IM1-0141.3-3/1/4 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, dem Ministerium der Justiz und für Migration, dem Ministerium für Verkehr, dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob das Ministerium des Inneren des Landes Baden-Württemberg vom Bundesministerium des Innern und für Heimat über die geplante Überprüfung der Gesinnung der Landtagsabgeordneten in Kenntnis gesetzt wurde, wenn ja zu welchem Zeitpunkt und durch welche Personen bzw. Abteilungen;*
- 2. wenn Ziffer 1 bejaht wird, welche Erkenntnisse die Landesregierung darüber hat, welche Abgeordnete welcher Fraktionen die fingierten Praktikumsanfragen unter den Namen Achim Günther, Julia Günther, Alexander Dahnhoff, Ahmet Güler, Akeem Gumbwa, Hüliya Güler und Alexej Danowitsch erhalten haben;*
- 3. wenn Ziffer 1 bejaht wird, ob ihr bekannt ist, welche Abgeordnete welcher Fraktionen in Baden-Württemberg sonstige fingierte Praktikumsanfragen erhalten haben;*
- 4. wenn Ziffer 1 bejaht wird, ob die Landesregierung die durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat geplante Überprüfung der Gesinnung der Landtagsabgeordneten befördert hat oder dem Vorhaben kritisch gegenüberstand und was sie dagegen unternommen hat;*

Zu 1. bis 4.:

Zu den Ziffern 1 bis 4 liegen keine Erkenntnisse vor.

- 5. welche Forschungsprojekte welcher Institute unter Leitung welcher Forscher in Baden-Württemberg vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg und welche nach ihrer Kenntnis vom Bundesministerium des Innern und für Heimat finanziell, personell oder in sonstiger Hinsicht gefördert werden;*

Zu 5.:

An der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwei Forschungsprojekte durchgeführt, welche in der beschriebenen Art und Weise eine Förderung durch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen erfahren. Hierbei handelt es sich um die durch ein fakultätsübergreifendes Forschungsteam geleitete Studie „Werteentwicklung in der Polizei BW – Ausbildung und Studium“ (WERTE PolBW – AuSt) für Auszubildende und studierende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie die erste durch das Institut für Kriminologische Forschung Baden-Württemberg (KriFoBW) verantwortete repräsentative Bürgerbefragung mit den Schwerpunkten Sicherheitsempfinden, Kriminalitätserfahrungen und Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit. Im Übrigen liegen keine Erkenntnisse vor.

^{*)}Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

6. ob Einrichtungen des Landes oder andere landesfinanzierte Einrichtungen nach ihrer Kenntnis für Forschungen oder konkrete Forschungsaufträge im Bereich Gesellschaftswissenschaften Mittel vom Bundesministerium des Innern und für Heimat erhalten und wenn ja, für welche.

Zu 6.:

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen